ihre [illegible] mäßigen Beschäftigung mit allen Fragen der Gegenwart ganz andere Konsequenzen als der Kaiser und wendet ihre Begeisterung auf Ziele, die den seinigen diametral entgegengesetzt sind. Deshalb sind wir aber auch überzeugt, daß die geplante Reform des Gymnasiums uns nicht zum Schaden, sondern zum Vortheil gereichen wird. In erster Linie erwartet das Proletariat die Verwirklichung seiner Ideen aus seinen eigenen Reihen und Kräften. Wenn aber die Jugend der besitzenden Klassen Einsicht erhalten wird in den Gang der neueren und neuesten Geschichte, wenn sie zum Nachdenken über politische und wirthschaftliche Fragen angeregt werden wird, so wird und muß die natürliche Folge sein, daß auch aus ihren Reihen eine immer größere Zahl zu der Erkenntniß gelangt, daß der Kulturfortschritt der kommenden Generationen einzig und allein durch die Ideen der Sozialdemokratie ermöglicht werden könne.

Deutscher Reichstag.

35. Sitzung vom 4. Dezember. 2 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Vereinigung von Helgoland mit dem Deutschen Reiche.

Abg. Stadthagen (Soz.) beantragt, den zweiten Absatz des § 1, welcher bestimmt, daß das Reich seine Zustimmung dazu ertheilt, daß Helgoland mit dem preußischen Staat vereinigt wird, zu streichen. Wenn der Staatsminister v. Bötticher neulich gesagt hat, er bedaure, daß der Reichstag nicht im Stande sei, Helgoland mit Dänemark zu vereinigen, so theile ich dieses Bedauern nicht, weil ich es nicht für zweckmäßig halte, Helgoland mit Dänemark zu vereinigen. Daraus ist aber nicht zu deduziren, daß Helgoland an Preußen kommen soll. Helgoland soll deutsch, nicht preußisch werden. Es ist ein kolossaler Irrthum, anzunehmen, daß Hamburg nicht im Besitz von Helgoland gewesen ist. Hamburg ist seit dem 15. Jahrhundert mindestens Schutzherrin gewesen und erst seit dem 17. Jahrhundert ist Schleswig-Holstein in den Besitz der Insel gekommen. Nun gebe ich zu, daß bezüglich der sanitären Einrichtungen, ev. auch der Einrichtung der zoologischen Station und der übrigen Desiderien allerdings Preußen die Wünsche der Bewohner erfüllen kann. Ich kann dies aber nicht zugeben bezüglich des Lootsengewerbes. Das Lootsengewerbe der Helgoländer besteht in dem Hineinbugsiren der Schiffe bis nach Cuxhaven, wenn nicht bis Hamburg und darüber hat nicht Preußen, sondern das Reich zu bestimmen, event. Hamburg. Jedenfalls müßte erst Preußen mit Hamburg darüber in Unterhandlungen eintreten. Wenn die Helgoländer wirklich mit Vertrauen auf die Regierung blicken, so geschieht dies in der Annahme, daß auch ihre Erwartungen erfüllt werden. Ueberhaupt glaube ich, daß das Reich am Besten in der Lage ist, die allgemeinen Interessen in Helgoland wahrzunehmen. Ich weise darauf hin, daß die Geräthe, welche für die Rettung Schiffbrüchiger nothwendig sind, bis jetzt vom Reiche nicht geliefert sind, und daß der Verein zur Rettung Schiffbrüchiger allein die Sache in die Hand genommen hat. In dieser Beziehung müßte noch Vieles geschehen.

Staatssekretär v. Bötticher: Die wirthschaftlichen Erzi hungen, welche zwischen Hamburg und Helgoland bestehen, geben noch keinen Anlaß, eine politische Verbindung zwischen beiden herbei zu führen, ganz abgesehen davon, daß der Zuwachs vielleicht für Hamburg gar kein angenehmer sein würde. Die preußische Regierung wird vollständig im Stande sein, die Interessen der Insel wahr zu nehmen und auch den Interessen der Schifffahrt und der Helgoländer Lootsen zu dienen. Die Helgoländer gehen nicht gern von ihren alten Gewohnheiten ab, aber die Anschauungen werden sich klären und Helgoland wird sich dem Fortschritt öffnen. Auf der Insel sieht man mit vollem Vertrauen der Einverleibung der Insel in Preußen entgegen.

Abg. Baumbach (Berlin): Das Gebiet der Insel ist ein so kleines, daß es zu Absurditäten führen würde, wollte man dafür eine besondere Verwaltung einrichten. Preußen wird ohnehin, auch wenn es die Insel seinem Verwaltungsapparat eingegliedert, noch Opfer bringen müssen für die Erhaltung der Insel, deren Umfang bekanntlich mehr und mehr sich verkleinert. Erfreulich sei es, daß Herr Stadthagen die Einverleibung der Insel in das Reich nicht mehr bestreite.

Abg. Stadthagen erklärt, daß er sich dagegen niemals ausgesprochen habe, Helgoland dem Reiche einzuverleiben. Der Zutritt Helgolands zum Bundesgebiete wird einstimmig, die Einverleibung in Preußen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten beschlossen. Im Uebrigen wird der Gesetzentwurf ohne Debatte angenommen.

Die erste Berathung des Gesetzentwurfs betr. die Abänderung des Patentgesetzes leitete der

Staatssekretär v. Bötticher ein: Die Aenderung des Patentgesetzes entspricht den vielfach gehegten Wünschen der Betheiligten; die Vorlage ist gründlich vorbereitet worden durch die Berathungen der Techniker und durch die Literatur. Die Zahlen der Statistik zeigen, daß das deutsche Patentverfahren überall Anklang gefunden hat; die deutschen Patente werden sehr hoch geschätzt und das liegt in dem Vorprüfungsverfahren, welches die Garantie dafür giebt, daß die Erfindung auch wirklich eine neue ist. Wenn wir zu dem bloßen Anmeldeverfahren übergehen würden, würden wir damit erst eine Probe machen müssen und dadurch würde der Werth der deutschen Patente im Auslande herabgedrückt werden. Diese Gründe, welche für die Beibehaltung des Prüfungsverfahrens sprechen, bitte ich besonders zu beachten. Man kann zweifelhaft sein, ob die jetzige Organisation des Patentamtes oder die neu vorgeschlagene die bessere ist; jedenfalls hat die jetzige Organisation zu Klagen geführt. Das Amt arbeitete bisher, mit Ausnahme der Person des Präsidenten, lediglich mit Mitgliedern, die im Nebenamte beschäftigt waren. Die Kenntniß der wirthschaftlichen Dinge, welche diesen im praktischen Leben stehenden Mitgliedern beiwohnte, ist ja ein großer Vorzug; aber eine einheitliche Anwendung der Grundsätze des Patentwesens konnte dabei nicht herbeigeführt werden.

Abg. Goldschmidt (dfr.) erklärt, vorbehaltlich einiger Abweichungen in Einzelheiten, sich mit der Vorlage einverstanden. Das Vorprüfungsverfahren sei ein Segen für die Industrie gewesen. Um die Wirkungen des Vorprüfungsverfahrens vollständig zum Ausdruck kommen zu lassen, muß aber ein kontradiktorisches Verfahren für die Patentsucher eintreten, so daß sie ihr Recht geltend machen können, was ihnen jetzt bei dem rein administrativen Verfahren abgeschnitten ist. Es ist ein Vorzug der Vorlage, daß in dieser Beziehung Abhilfe geschaffen ist. Eine wesentliche Verbesserung ist die Ausdehnung des Patentschutzes auf die mittelst eines geschützten Verfahrens hergestellten Erzeugnisse. Die wichtigste Aenderung ist, daß die nicht ständigen Mitglieder der Anmelde-Abtheilung durch auf Lebenszeit angestellte Beamte ersetzt werden. Es ist zu befürchten, daß diese Beamten leicht den Zusammenhang mit dem praktischen Leben verlieren, daß sie die Patentgesuche zwar auf ihre Neuheit, aber nicht auf ihre praktische Verwendbarkeit prüfen können. Es ist überhaupt nicht zu ersehen, woher diese Beamten genommen werden sollen. Werde man dafür Industrielle gewinnen? Nach § 27 soll der Antrag auf Nichtigkeitserklärung eines Patents fünf Jahre nach Ertheilung desselben nicht mehr gestellt werden dürfen. Das ist eine Ungerechtigkeit, wie zahlreiche Beispiele beweisen. Die Gebühren müssen ermäßigt werden, denn es kommt oft genug vor, daß die Erfinder die Gebühren nicht bezahlen können und deshalb ihre Patente verfallen lassen müssen; auch industrielle Vereine haben sich für die Herabsetzung der Gebühren von 50 auf 30 Mk. erklärt.

Abg. v. Buol (Zentr.): Die Nothwendigkeit des Patentschutzes wird jetzt auch von den früheren Gegnern desselben anerkannt; das ist ein erfreulicher Fortschritt und wird auch für die Revision des Patentgesetzes förderlich sein. Mit den Vorschlägen bin ich im Großen und Ganzen einverstanden, namentlich auch mit der Neu-Organisation des Reichs-Patentamts und der vorgeschlagenen Aenderung des Verfahrens. Mit den einzelnen Vorschlägen ist der Redner einverstanden, auch damit, daß fünf Jahre nach der Genehmigung des Patents eine Anfechtung desselben nicht mehr stattfinden soll, weil nur dadurch frivole Anfechtungen der Patente verhindert werden können. Redner bedauert, daß die Wünsche in Bezug auf § 1 nicht berücksichtigt seien; es soll nach wie vor die Neuheit des zu patentirenden Gegenstandes entscheidend sein, nicht der Umstand, daß es sich um eine Erfindung handelt. Schließlich erklärte sich Redner ebenfalls für eine Kommissionsberathung.

Abg. Hultzsch (deutschk) begrüßt namens seiner Freunde den Entwurf als einen Fortschritt auf dem Wege, das geistige Eigenthum zu schützen. Besonders zu billigen ist, daß das bisherige Verfahren beibehalten wird, welches nur verbessert werden soll; daß man nicht zum einfachen Anmeldeverfahren übergegangen ist, welches in Frankreich wuchert. Der Kernpunkt der Vorlage ist die anderweitige Organisation des Patentamts, durch welche eine schnellere Erledigung der Patentgesuche herbeigeführt wird. Alle laut gewordenen Wünsche konnten nicht berücksichtigt werden; die Kommission wird zu untersuchen haben, welche Aenderungen noch in die Vorlage hineinzuarbeiten sind.

Abg. Hammacher (natl.) hält die Zahl von 28 Mitgliedern für die Kommission für zu hoch, weil es sich hier um technische Fragen handelt, die besser in kleinen Kommissionen erörtert werden; er beantragt, nur 21 Mitglieder zu wählen. Ich bin nicht der Meinung, daß Deutschland seine Gesetzgebung so gestalten soll, daß es in die internationale Union zum Schutz des gewerblichen Eigenthums eintreten kann; dem steht entgegen die Verschiedenartigkeit des Werthes der Patente, denn ein auf Grund des Anmeldeverfahrens erworbenes Patent hat keinen erheblichen Werth. Uebrigens bestehen auch schon erhebliche Meinungsverschiedenheiten unter den Mitgliedern der Union, vor deren Beilegung Deutschland nie daran denken kann, in die Union einzutreten. Retorsionsmaßregeln auf wirthschaftlichem Gebiete sollte man nur sehr vorsichtig gebrauchen; sie haben sich schon sehr oft als schädlich herausgestellt. Bei der Ausführung des gegenwärtigen Patentgesetzes haben wir die Erfahrung gemacht, daß die Anschauungen, ob ein Patent ertheilt werden soll oder nicht, sehr schwankende gewesen sind. Dieser Uebelstand muß beseitigt werden, ebenso muß dem Patentinhaber die Sicherheit gegeben werden, daß er sich im Besitze eines unanfechtbaren Patentes befindet; deshalb ist die fünfjährige Frist durchaus angemessen. Allenfalls könnte man nach Ablauf der fünfjährigen Frist einen Aufruf erlassen, und wenn dieser nach einer bestimmten Frist ohne Widerspruch bleibt, das Patent als unanfechtbar betrachten. Die Begründung legt das Selbstbekenntniß ab, daß die Art und Weise, in welcher die Vorprüfung gehandhabt worden ist, die Zustimmung der Industrie nicht in vollem Maße gefunden hat; vielmehr wurde geklagt, daß die Beschlußfassung des Patentamts nicht immer die sachliche Durchdringung des Stoffes und die Würdigung aller maßgebenden technischen Gesichtspunkte habe erkennen lassen. Wenn das der Fall ist, dann muß auch dafür gesorgt werden, daß jeder Patentsucher zu seinem Rechte kommen kann, daß der Betheiligte zu den Verhandlungen zugezogen werden muß, wenn über seine Beschwerde wegen Versagung des Patents verhandelt wird. Denn die Demonstration, der mündliche Verkehr, wirkt in diesen Dingen mehr, als die schriftliche Auseinandersetzung.

Abg. Münch (deutschfr.): Das Vorprüfungsverfahren kann, so wie es jetzt besteht, nicht beibehalten werden, daß etwas faul im Staate ist, beweist der Umstand, daß die Zahl der ertheilten Patente seit einigen Jahren zurückgeht. Die Gewerbetreibenden, welche das Prüfungsverfahren verlangen, fordern dabei immer gewisse Kautelen. Die Besetzung der Anmeldeabtheilung durch ständige technische Mitglieder wird wenig nützen; denn diese Techniker werden bald dem wirthschaftlichen Leben fremd werden und dagegen sind von allen Seiten die lebhaftesten Bedenken geltend gemacht worden. Besser wäre es, ein Vorprüfungsverfahren durch Aufruf einzuführen; das Urtheil würde dann von der Industrie gefällt, und nur in zweifelhaften Fällen würde das Patentamt einzuschreiten haben. Die Kosten könnten wohl herabgesetzt werden, denn das Patentamt wirft sehr erhebliche Ueberschüsse ab. Aber eine Einnahmequelle für das Reich sollte das Patent nicht sein. Die Berufung auf die 1886 stattgehabte Enquete ist nicht maßgebend. Ich bin allen solchen Regierungsenqueten gegenüber sehr skeptisch, da wir ja erlebt haben, daß ein Minister zur Erörterung einer Reform eine Kommission berufen hat, in welcher seine Ansichten unbedingt die Mehrheit haben. Die Herren, welche 1886 der Kommission angehört haben, haben vielleicht auch jetzt schon ganz andere Ansichten.

Die Vorlage wird darauf einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr. (1. Lesung des Gesetzentwurfs betreffend den Schutz von Gebrauchsmustern und des Gesetzentwurfs betreffend die Abänderung der Krankenversicherung.)

Zur Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Dresden, 6. Dezember 1890.

— **Der Bundesrath** hat den Entwurf einer Verordnung wegen Aufhebung des Verbots der Einfuhr von Schweinen, Schweinefleisch, Würsten dänischen, schwedischen, norwegischen Ursprungs gebilligt. Somit ist denn eine erste Bresche in das Schutzzollsystem geschossen.

— **Die Wahlprüfungs-Kommission** beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung mit der Wahl des konservativen Abgeordneten von Weyrauch (Kassel-Melsungen). Dieser wurde in Stichwahl mit 11,735 gegen 10,223 Stimmen, welche auf den Sozialdemokraten Pfannkuch fielen, gewählt. Gegen die Wahl ist Protest eingelegt, besonders wegen eines Erlasses des Landrathes im Kreise Melsungen.

— **Vermehrung der Reichswahlkreise in Berlin.** Die Petitionskommission des Reichstages hat, wie wir in Berichtigung unserer gestrigen Notiz mittheilen müssen, beschlossen, über die Petition des Bezirksvereins der Hamburger Vorstadt zu Berlin und des Wahlvereins der deutschen freisinnigen Partei im 6. Berlin Reichstagswahlkreis zur Tagesordnung überzugehen.

— **Braunschweig**, 4. Dezember. Die sozialdemokratische Partei, welche jüngst bei den hiesigen Stadtverordneten-Wahlen Mißerfolge hatte, agitirt jetzt um so eifriger. Zum ersten Male, nach zwölfjähriger Unterdrückung, soll in den nächsten Wochen ein sozialdemokratischer Parteitag für das Herzogthum Braunschweig und die angrenzenden Orte der Provinzen Hannover und Sachsen hier abgehalten werden. Die Vorbereitungen sind bereits im Gange. Die Scharte wird bald wieder ausgewetzt sein.

— Nach dem „Münch. Frdbl." sind Erlasse der bayrischen Bischöfe an den Klerus in Betreff der Bekämpfung der Sozialdemokratie zu erwarten.

— **München**, 5. Dezember. Infolge des Resultats der gestrigen Gemeindewahlen wird im Gemeindekollegium statt der bisherigen Zentrumsmehrheit zukünftig eine liberale Mehrheit vorhanden sein. Es wurden im Ganzen 11 Liberale und 9 Mitglieder der Zentrumspartei, dagegen kein Sozialdemokrat gewählt. Von 15,000 Wahlberechtigten haben 4728 für die Liberalen, 4400 für die Kandidaten der Zentrumspatei, 1178 für diejenigen der Sozialdemokratie gestimmt. — Nach der fünften Volkszählung beläuft sich die Einwohnerzahl Münchens auf 340,000 Seelen.

— Während alle Welt wie sprachlos vor der Thatsache des **Lucius'schen Sparsystems** steht und Niemand ein gutes Wort für den Minister, der mit den Staatsfinanzen so freigebig, mit den Privatfinanzen so zurückhaltend zu wirthschaften verstand, einzulegen wagt, unternimmt es nun doch ein Jongleur, durch allerlei Taschenspielerkunststückchen Augen und Sinn des Publikums abzulenken. Dieser Jongleur ist die „Kreuzzeitung". Wenn Jemand ein politischer Jongleur sein will, so muß er wenigstens seine Kunst verstehen und es geschickt anzufangen wissen. Aber selbst dies bringt die „Kreuzzeitung" nicht fertig. Ihre Zaubereien sind sehr plumper Natur und man sieht leicht, wie's gemacht wird. Anstatt sich über den sonderbaren Vorgang des Stempelsteuererlasses auszusprechen, erklärt dies fromme und mithin auch schlaue Blatt mit beneidenswerther Naivetät, Fideikommisse seien äußerst werthvolle Stiftungen, der Staat müsse ihr Zustandekommen unterstützen, eine Stempelsteuer solle bei derartigen das Staatswohl fördernden Instituten überhaupt abgeschafft werden. Und von diesem Gesichtspunkte müssen, so heißt es wörtlich, die vorliegenden Fälle des Stempelsteuererlasses beurtheilt werden. Herr von Lucius hat demnach nichts Unrechtes gethan, der Staat muß froh sein, daß derselbe ein Fideikommiß gestiftet hat und bei einer so tüchtigen Handlungsweise darf man es ihm nicht anrechnen, daß er sich um etwa 1/4 Million Mark Stempelsteuern herumgedrückt hat. Wir wollen einen Augenblick zugeben, daß die Stiftung von Fideikommissen wünschenswerth sei und deshalb nicht erschwert werden dürfe, so mögen doch die Kreuzzeitungsritter ein Gesetz dahin lautend in Vorschlag bringen. Wenn solch Gesetz zu Stande kommt, dann ist es gut. So lange aber dies nicht der Fall ist, vielmehr ein Stempelsteuergesetz besteht, wie kann da eine Umgehung desselben erlaubt sein durch den bloßen Wunsch, daß es nicht bestehen möchte. Da wäre es ja dasselbe, wenn die Sozialisten, die gern einmal ein bischen gegen die §§ 131 und 166 sündigen, von der Kreuzzeitung hierzu die Erlaubniß bekämen, weil es desselben in Bezug auf das Staatswohl wünschenswerth scheint, daß diese Paragraphen nicht existirten. Endlich braucht die Kreuzzeitung sich nicht zu ängstigen, daß die Lucius'sche Stiftung ohne die Steuerfreiheit gescheitert sein würde. Der achtfache Millionär hätte nach Zahlung seiner Steuern noch nicht verhungern brauchen.

— **Dem Millionär Freiherrn von Lucius**, so schreibt die „Neisser Ztg.", ist die Fideikommiß-Stempelsteuer in Höhe von 250,000 M. erlassen. Dem Tagearbeiter Robel aus Krautenwalde, welcher in Preuß.-Olbersdorf bei Landeck arbeitete ist ein Brot, welches ihm seine Frau über die Grenze schickte, kontrebande gemacht; das Brot wurde konfiszirt, der Mann eine Nacht eingesperrt und mit 25 Pf. und 20 Kreuzer bestraft.

— **Auch den Schulbehörden in Hessen** scheint es jetzt geboten, dem Antisemitismus entgegenzutreten. Seitens der Regierung in Kassel ist eine dahin gehende Verfügung an die Kreisschulinspektoren ergangen, in der es u. A. heißt:

Es sei der Regierung bekannt geworden, daß vielfach christliche Schulkinder die israelitischen Schulkinder und erwachsene Israeliten öffentlich verhöhnen und verspotten, und daß manche Lehrer in schwerer Versündigung gegen ihr Amt durch unziemende Redensarten ihren Schülern gegenüber diesem Unfug Vorschub leisten. Ein derartiges Gebahren der Lehrer sei im höchsten Grade unpädagogisch und auf's Schärfste zu mißbilligen. Der Lehrer habe die Pflicht, jeden Fall strengstens zu bestrafen und die Kinder durch geeignete Belehrung zur Duldung und Achtung Andersgläubiger zu gewöhnen.

— **Augsburg**, 4. Dezember. Fünf Infanteristen, die sich nächtlich umhertrieben, stachen einen sie anhaltenden Sergeanten nieder und verletzten ihn erheblich. Alle wurden verhaftet.

— Dem „**Berliner Volksblatt**" wird aus Paris telegraphirt, daß die französische Regierung daran denke, den Soldaten Lokale zu verbieten, in welchen Sozialisten verkehren. Der „Herr Telegraph" scheint da etwas geflunkert zu haben. Bis auf Weiteres glauben wir nicht, daß die französische Regierung sich so verdeutscht hat.

Oesterreich.

Wien. Am Sonntag den 7. dieses Monats findet hier der Kongreß der Bergarbeiter Oesterreichs statt. Die Tagesordnung lautet:

1. Die Lage der Bergarbeiter und die Mittel, sie zu verbessern.
2. Die achtstündige Arbeitsschicht.
3. Die Organisation der Bruderladen.
4. Fachverein und Fachpresse.
5. Freie Anträge.

Die Verhandlungen des Kongresses dürften mit Rücksicht auf den Umfang und die Wichtigkeit der Tagesordnung mehrere Tage dauern.

Ebenfalls am 7. d. M. findet in Wien der erste österreichisch-ungarische Bäckertag statt. Auch zu dieser Versammlung sind zahlreiche Anmeldungen aus Wien und den Provinzen erfolgt und werden die Verhandlungen und Beschlüsse des Bäckertages dem Ausbau der Organisation der Bäckerarbeiter nur förderlich sein.

Holland.

Amsterdam, 4. Dezember. Die Polizei konfiszirte wieder eine Menge revolutionärer Manifeste. Man glaubt an die Existenz einer weitverzweigten Verschwörung, die sich über das ganze Land erstreckt. Die Polizei fährt in ihren Nachforschungen fort.

Großbritannien.

London, 4. Dezember. In der Versammlung der irischen Deputirten wurde ein Komitee ernannt, welches mit Gladstone und anderen liberalen Führern einen Meinungsaustausch darüber pflegen soll, ob in der künftigen Homerulevorlage einem irischen Parlamente die Kontrole der irischen Polizei und die Lösung der Bodenfrage eingeräumt würde. Man glaubt, wenn die Ansichten Gladstones von der Majorität gebilligt würden, werde Parnell vor Beginn der Diskussion zurücktreten. Sexton richtete die Frage an Parnell: „Wollen Sie zurücktreten, wenn die Mehrheit der Partei durch Abstimmung entscheidet, daß die Antwort der liberalen Führer befriedigt? Parnell antwortete: „Gewiß!" — Gladstone empfängt heute im Beisein Harcourt's und Morley's eine Abordnung des obenerwähnten Kommitees. Die „Times" bezweifelt, ob Gladstone und die übrigen Parteiführer das irische Ultimatum annehmen werden. Andererseits wird geglaubt, daß die liberalen Staatsmänner Parnell eine goldene Rückzugsbrücke bauen werden.

Gewerkschaftliche Arbeiter-Bewegung.

∵ **Aufruf an alle Gewerkschaften von Dresden und Umgegend!** Unterzeichneter Vertrauensmann der Zentral-Kontroll-Kommission ersucht alle Gewerkschaften um baldigste Einsendung von Geldern für die ausgesperrten Tabakarbeiter von Eschwege, Hamburg-Altona, Wandsbeck und Ottensen, für die Glasarbeiter in Bergedorf und Ottensen, die Schuhmacher in Erfurt und die Weißgerber in Kirchhain, welche durch Maßregelung seitens des Unternehmerthums im Kampfe um die Vertheidigung ihres gewährleisteten Koalitionsrechts in großer Noth sind. Schleunigste Hilfe thut noth, um die Wackeren nicht im Kampfe um ihre gerechte Sache dem Untergang preiszugeben. Man weiß noch nicht, ob nicht auch die Reihe an Diejenigen herantritt, die heute sich noch außer Gefahr befinden. Da die Anforderungen an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands sehr große sind, so ersucht Unterzeichneter, von den von der hiesigen Zentral Kontroll-Kommission ausgegebenen Listen den größten Gebrauch zu machen. Sollten Gewerkschaften noch nicht im Besitze von Listen sein, so wollen sich dieselben an den unterzeichneten Vertrauensmann wenden, an welchen auch alle eingegangenen Gelder abzuliefern sind. Im Namen der Zentral-Kontroll-Kommission

Der Vertrauensmann,
V. Gerber, Dürerstr. Nr. 103, 4.

∵ Der entlassene **Hofprediger Stöcker** hielt in Eilenburg in einer geschlossenen Gesellschaft von Geistlichen eine lange Rede, in der auch Mancherlei unterlief, was mit der Wahrheit — — einer Tugend, auf die der Redner, wie männiglich bekannt, sonst ungeheuer große Stücke hält — auf gespanntem Fuße steht. Hierzu rechnen wir, schreibt der „Corr. für Deutschlands Buchdrucker", folgende Episiel: „Es giebt in Berlin Zustände, daß Maurer 6 Mark täglich verdienen, man sagt aber, sie müssen 2—3 Monate im Jahre feiern, die Buchdrucker verdienen 6—7 M. und haben das ganze Jahr zu thun. Steht ein Arbeiter so, dann hat er Unrecht, wenn er über seine schlechte Lage klagt." Die Berliner Kollegen werden sich jedenfalls beeilen, Herrn Stöcker ihre letzte

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-18901207/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG